KR-Nr. 396/2000

POSTULAT von Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf), Thomas Müller (EVP, Stäfa) und

Peider Filli (AL, Zürich)

betreffend Frühenglisch und Gleichbehandlung von Französisch und Italienisch

\_\_\_\_\_

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage vorzulegen, welche folgenden Tatsachen Rechnung trägt:

- 1. Als erste Fremdsprache soll in der Unterstufe der Volksschule Englisch unterrichtet werden (analog "Schulprojekt 21").
- 2. Die Gleichstellung von Französisch und Italienisch als zweite Fremdsprache. Diese Landessprachen sollen als Wahlpflichtfach unterrichtet werden.

Martin Bäumle Thomas Müller Peider Filli

## Begründung:

- 1. Die Einführung von Frühenglisch ist klar ein mutiger Schritt in die richtige Richtung in die Zukunft. Die englische Sprache bekommt einen immer höheren Stellenwert. In der Informatik, in der Wirtschaft, aber auch in technischen Berufen ist Englisch die massgebliche Sprache. Die Jugendlichen sehen es für ihre Zukunft als dringend notwendig, nach Abschluss der Volksschule die englische Sprache zeitgemäss einsetzen zu können. Mit der Einführung des Frühenglisch als Unterrichtssprache, wie dies das "Schulprojekt 21" vorsieht, sind wir auf dem richtigen Weg in eine Zukunft mit auch sprachlich gut ausgebildeten Berufsleuten.
- 2. Was die Gleichstellung von Italienisch und Französisch angeht, soll der nationale Zusammenhalt und die Kulturenvielfalt der Schweiz besser gepflegt werden. Nicht nur Französisch ist eine Landessprache; auch Italienisch ist weit verbreitet und soll darum der französischen Sprache gleichgestellt und aufgewertet werden. Italienisch und Französisch sollen als Wahlpflichtfächer unterrichtet werden. Der Einführungszeitpunkt für die 2. Landessprache bleibt offen. Die Jugendlichen sehen jedoch am ehesten die 7. Klasse, da die meisten Jugendlichen auf dieser Altersstufe genügend reif sind, sich für die eine oder andere zu lernende Landessprache zu entscheiden. Die Einführung dieser Wahlpflichtfächer ist, abgesehen von fehlenden Lehrmitteln, kostenneutral, da sich die Anzahl der zu Unterrichtenden nicht verändern wird.

Obige Forderungen wurden im Rahmen der Regionalsession Zürich der Eidgenössischen Jugendsession 2000 vom 6./7.10.00 in der kantonalen Arbeitsgruppe erarbeitet, im Plenum ohne Einwand zur Kenntnis genommen und im Nachgang zur Session von der Arbeitsgruppe verabschiedet.

Um den Forderungen aus der Jugendsession mehr Gewicht zu verleihen, werden die Forderungen als Postulat ausformuliert und von den Unterzeichnenden unverändert eingereicht.